

Vierteljahreszeitschrift | 6. Jahrgang | D 22350

journal

FÜR POLITISCHE BILDUNG

Besser leben

4

2016

Die Grenzen des Wachstums
Nachhaltigkeit, Politische
Pflanzen, Utopiewerkstätten
Ist Berufsorientierung
politische Bildung?
Der Brexit und die Folgen



**WOCHEN
SCHAU
VERLAG**

JOURNAL

FÜR POLITISCHE BILDUNG

Besser leben



Die Grenzen des Wachstums

Nachhaltigkeit, Politische Pflanzen,
Utopiewerkstätten

Ist Berufsorientierung politische Bildung?

Der Brexit und die Folgen

Herausgegeben
vom Bundesausschuss Politische Bildung
und Wochenschau Verlag

IMPRESSUM – JOURNAL FÜR POLITISCHE BILDUNG

Herausgegeben wird das JOURNAL FÜR POLITISCHE BILDUNG (ein Zusammenschluss von *kursiv* und Praxis Politische Bildung) vom Bundesausschuss Politische Bildung (bap), vertreten durch Barbara Menke (Vorsitzende), und dem Wochenschau Verlag, vertreten durch Bernward Debus.

Redaktionsleitung: Felix Münch, M.A. (Ederstraße 5, 35390 Gießen, Tel.: 0641/4983934, journal@wochenschau-verlag.de).

Jugendbildung: Prof. Dr. Benno Hafenegger lehrt an der Philipps-Universität Marburg zu „Jugend und außerschulischer Jugendbildung“ (Institut für Erziehungswissenschaft, Philipps-Universität Marburg, Wilhelm-Röpke-Straße 6b/II, 35032 Marburg, Tel.: 06421/28-25173, Fax: 06421/28-28946, benno.hafenegger@staff.uni-marburg.de).

Medienbildung: Klaus Waldmann, Dipl. Päd. (Samariterstraße 31, 10247 Berlin, Tel.: 0170/5557770, klaus.waldmann@gmail.com).

Non-formale Bildung: Benedikt Widmaier, M.A., ist Direktor des Hauses am Maiberg in Heppenheim (Haus am Maiberg, Akademie für politische und soziale Bildung, Ernst-Ludwig-Straße 19, 64646 Heppenheim, Tel.: 06252/9306-11, Fax: 06252/9306-17, b.widmaier@haus-am-maiberg.de).

Erwachsenenbildung: Dr. Christine Zeuner ist Professorin für Erwachsenenbildung an der Helmut-Schmidt-Universität/Universität der Bundeswehr Hamburg (Helmut-Schmidt-Universität/Universität der Bundeswehr Hamburg, Holstenhofweg 85, 22043 Hamburg, Tel.: 040/6541-2796, Fax: 040/6541-2546, zeuner@hsu-hh.de).

Beiträge und Meinungsäußerungen zur Diskussion sind erwünscht. Die Annahme setzt voraus, dass die Verfasserin/der Verfasser denselben Gegenstand nicht gleichzeitig an anderer Stelle behandelt oder den Beitrag bereits anderweitig veröffentlicht hat bzw. zur Veröffentlichung eingereicht hat. Für unverlangt eingesandte Manuskripte wird keine Haftung übernommen. Sie können zurückgeschickt werden, wenn Rückporto beigefügt ist.

Urheberrecht: Alle Beiträge sind gesetzlich geschützt. Kein Teil dieser Zeitschrift darf in irgendeiner Form (Druck, Fotokopie oder einem anderen Verfahren) ohne schriftliche Genehmigung des Verlages – außer in den vom Gesetzgeber vorgesehenen Ausnahmen – reproduziert oder unter Verwendung elektronischer Systeme verarbeitet werden. Zuwiderhandlungen werden strafrechtlich verfolgt.

Verlag und Vertrieb: WOCHENSCHAU VERLAG, Dr. Kurt Debus GmbH, Adolf-Damaschke-Straße 10, 65824 Schwalbach/Ts., Verleger: Bernward Debus, Dr. Tessa Debus, Geschäftsführung: Bernward Debus, Dr. Tessa Debus, Silke Schneider, Vertrieb: Christoph Steinrücken, Tel.: 06196/86065, Fax: 06196/86060, info@wochenschau-verlag.de, www.wochenschau-verlag.de



Bundesministerium
für Familie, Senioren, Frauen
und Jugend

Förderung: Die Zeitschrift wird aus dem Kinder- und Jugendplan des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ) gefördert.

Bezugsbedingungen: Es erscheinen 4 Hefte jährlich. Einzelheftpreis € 18,00; im Abonnement € 14,95; Jahresabonnement € 59,80; alle Preise verstehen sich zzgl. Versandkosten. Die Kündigungsfrist für das Abonnement beträgt acht Wochen zum Jahresende (31.10.). Bankverbindung: Volksbank Weinheim, Kto. 000 127 0907, BLZ 670 923 00, IBAN DE59 6709 2300 0001 2709 07, BIC GENODE61WNN. Wir empfehlen die preiswerteste und bequeme Zahlung im Lastschriftverfahren.

Anzeigenleitung: Brigitte Bell, 69469 Weinheim, Tel.: 06201/340279, Fax: 06201/182599, brigitte.bell@wochenschau-verlag.de

Anschriftenänderung: Um die pünktliche Lieferung sicherzustellen, bitte Anschriftenänderungen rechtzeitig (mit Angabe der alten Adresse) dem Verlag mitteilen.

Grafische Gestaltung: Klaus Ohl, Wiesbaden

© WOCHENSCHAU Verlag, Schwalbach/Ts., Dr. Kurt Debus GmbH

Digitale Ausgabe: ISBN 978-3-7344-0370-5 | ISSN 2191-8244

www.journal.wochenschau-verlag.de | journal@wochenschau-verlag.de |

www.wochenschau-verlag.de | www.bap-politischebildung.de | info@bap-politischebildung.de

INHALT

Editorial		5
SchwerPunkt	BESSER LEBEN	7
	Michael Hirsch	
	Ein besseres Leben für alle	
	Ein neuer Gesellschaftsvertrag von sozialer Gleichheit, Geschlechtergleichheit und ökologischer Genügsamkeit	8
	Melanie Gehenzig, Stefan Rostock	
	„Besser leben“ und Bildung für nachhaltige Entwicklung	
	Mehr Anspruch an die Umsetzung der globalen Ziele für nachhaltige Entwicklung	16
	Bernd Overwien	
	Politische Pflanzen im Globalen Lernen	28
	Jana Trumann	
	Utopiewerkstätten – welches Leben favorisieren wir?	34
	Sandra Mayer, Kerstin Pettenkofer	
	Nachhaltigkeit im Veranstaltungsmanagement	
	Eine Win-Win Situation	42
MitDenken	Thomas Gill, Christine Reich	
	Lernziel Mündigkeit	
	Berufsorientierung ist politische Bildung	54
ÜberGrenzen	Eckart D. Stratenschulte	
	Exit ist nicht Exitus – Der Brexit und die politische Bildung	62

LeseZeichen		68
	Zur politischen Ökonomie von Protest und Ressentiment / Globales Lernen aktuell / Raus aus dem Wachstum? / Selbstverständigung politischer Erwachsenenbildung / Auch die Armut basiert auf Diskriminierung	
VorGänge		82
	VERSTÄRKER – Netzwerk für politische Bildungsarbeit / 40 Jahre Beutelsbacher Konsens / Der Beutelsbacher Konsens im Schwabenalter / Jubiläumstagung zum Markenkern demokratischer politischer Bildung / Beutelsbacher Konsens in der Diskussion	
AugenMerk		94
	bap: Fachtagung Globales Lernen / AdB: Entwicklungspolitische Bildung / GEMINI: Fachforum Digitale Gesellschaft / Trendtagung: Arbeitswelt 4.0 / Broschüre: Neue Dimensionen des Hasses / Modellprojekt: Politische Partizipation / EAF: Junge Akademie Frankfurt / Personen & Organisationen / Veranstaltungen	

Weitere Heftplanung

Journal für politische Bildung

Heft 1/17	Wahlen entscheiden	Heft 3/17	Religion & Politik
	Redaktionsschluss: 4. November 2016		Redaktionsschluss: 25. April 2017
Heft 2/17	Zeit für Bildung	Heft 4/17	Propaganda, Desinformation, Verschwörung
	Redaktionsschluss: 10. Februar 2017		Redaktionsschluss: 11. August 2017

„Besser leben!“ Welche Bilder verbinden sich mit diesem Titel, was kann er bedeuten? Geht es um eine Steigerung des Wohlstands, um über mehr Güter und Dienstleistungen zu verfügen? Sind höhere Einkommen, vielfältigeres Warenangebot, steigende Profite notwendige Voraussetzungen für ein besseres Leben? Lange Zeit galt ein hinreichendes ökonomisches Wachstum fraglos als Garantie für einen fortwährenden Zuwachs des Wohlstands der Bürger/-innen.

Spätestens seit den 1970er Jahren begann mit dem Bericht des *Club of Rome* eine Debatte um die „Grenzen des Wachstums“. Zentrale Aspekte des Berichts waren, dass die natürlichen Ressourcen begrenzt sind und die Form des Wirtschaftens und der Lebensweise massive Auswirkungen auf die Umwelt haben. In Verbindung mit der aufkommenden Umwelt- und Ökologiebewegung nahm die politische Jugend- und Erwachsenenbildung diese Fragestellungen auf und entwickelte entsprechende Bildungskonzepte. Nach dem Höhepunkt dieser Entwicklung in den 1980er und Anfang der 1990er Jahren wurde das Thema in den Hintergrund gedrängt; vielleicht auch, da diese Konzepte teilweise normativ überladen waren.

Mit der Frage nach den Bedingungen einer globalen nachhaltigen Entwicklung wurde die Umweltdebatte seit den 1990er Jahren substantiell und bezogen auf ihre Reichweite deutlich erweitert. Ökologische, ökonomische und soziale Aspekte galt es nun in die Umweltbildung zu integrieren und die globalen Dimensionen im

Sinne einer weltweiten Gerechtigkeit zu berücksichtigen.

In diesem Kontext stellte sich die Frage nach der Zukunftsfähigkeit des kapitalistischen Wirtschaftssystems und unserer Lebensweise. Gemeinsame Perspektive dieser Frage ist die Suche nach Vorstellungen eines besseren Lebens, das die natürlichen Ressourcen schont, eine Optionsvielfalt von Lebensentwürfen ermöglicht, demokratische Teilhabe erweitert und zur globalen Gerechtigkeit beiträgt. Dabei geht es um einen umfassenden Entwurf einer Postwachstumsgesellschaft jenseits der Illusion grenzenlosen Wachstums, also um eine Transformation der gegenwärtig dominierenden Lebensweisen und des Wirtschaftens, aber auch um lokale Initiativen zum Konsum regionaler Produkte oder neuer nachbarschaftlicher Netzwerke und Konzepten einer *sharing economy*. Der Debatte um die Vorstellungen eines besseren Lebens widmen sich die Beiträge dieses Heftes.

In diesem Zusammenhang zeichnet *PD Dr. Michael Hirsch* (Universität Siegen) in einem theoretischen Eröffnungsbeitrag angesichts der ökonomischen, sozialen und ökologischen Krise der Gegenwart das Bild einer anderen möglichen Gesellschaftsform in einem „zukünftigen ökosozialen Fortschrittsprojekt“. Im darauf folgenden Artikel stellen *Melanie Gehenzig* und *Stefan Rostock* (Germanwatch) die globalen Ziele für nachhaltige Entwicklung vor, nehmen Diskussionsstränge aus dem Globalen Süden auf und plädieren für eine forcierte Umsetzung

der Deutschen Nachhaltigkeitsstrategie unter Einbeziehung der zivilgesellschaftlichen Debatte, z. B. der Postwachstums-Bewegung. *Prof. Dr. Bernd Overwien* (Universität Kassel) stellt im Anschluss daran „Politische Pflanzen“ sowie Tropengewächshaus, ethnographische Sammlung und die ehemalige deutsche Kolonialschule als Lernorte vor. Die Idee der Utopiewerkstatt als Möglichkeit des „Nachdenken-Dürfens“, mit deren Hilfe alternative Perspektiven des Lebens aus Subjektperspektive eingeholt werden können, legt *Dr. Jana Trumann* (Universität Duisburg-Essen) im vierten Beitrag des Schwerpunkts dar. Zum Abschluss des Leitthemas „Besser leben“ stellen *Sandra Mayer* und *Kerstin Pettenkofer* (labconcepts) einen konkreten Ansatz von Verantwortungsbewusstsein in der Arbeit politischer Bildner/-innen vor: Das nachhaltige Veranstaltungsmanagement. In der politischen Bildung ist Nachhaltigkeit als Thema schon länger verankert – wie aber steht es um die Umsetzung der Kriterien der Nachhaltigkeit in der Bildungsarbeit selber?



Thomas Gill (Berliner Landeszentrale für politische Bildung) und *Christine Reich* (Jugendbildungsstätte Kurt Löwenstein) rücken in der Rubrik MitDenken das Thema Berufsorientierung in den Mittelpunkt und fokussieren auf didaktische Konzepte der Kooperation zwischen Trägern der politischen Jugendbildung und Schulen.

Bei ÜberGrenzen berichtet *Prof. Dr. Eckart D. Stratenschulte* (Europäische Akademie Ber-

lin) über einen möglichen Umgang der politischen Bildung mit dem Brexit. Der Austritt Großbritanniens aus der Europäischen Union (EU) biete, so *Stratenschulte*, für politische Bildner/-innen immense Herausforderungen, aber auch große Chancen. Zudem sieht er die Stunde der Bürger/-innen gekommen, sich in den Prozess der Neudefinierung der EU aktiv mit einzubringen.



Die folgenden Rubriken enthalten Rezensionen, Nachrichten, Kommentare und Materialien zur Bildungsszene. In der Rubrik VorGänge wird mit drei Beiträgen der thematische Jahreschwerpunkt zum Beutelsbacher Konsens abgeschlossen.

Alle Mitarbeiter/-innen der politischen Bildung sind aufgefordert, vom *Journal* als Forum für den fachlichen Diskurs Gebrauch zu machen. Zu den Themenschwerpunkten sollten möglichst frühzeitig Anregungen und Vorschläge an die Redaktion gerichtet werden. Das Gleiche gilt für Hinweise auf Projekte, Veranstaltungen u. a. Dabei sind die Redaktionstermine der Zeitschrift (siehe Heftplanung) zu berücksichtigen.

Die Journal-Redaktion

Benno Hafener, Felix Münch (verantwortlich),
Klaus Waldmann, Benedikt Widmaier,
Christine Zeuner

Kontakt: journal@wochenschau-verlag.de

Schwer Punkt



© 9comeback - fotolia.com

Besser leben

Ein besseres Leben für alle

Ein neuer Gesellschaftsvertrag von sozialer Gleichheit, Geschlechtergleichheit und ökologischer Genügsamkeit



MICHAEL HIRSCH

Dr. phil. habil. Michael Hirsch ist Privatdozent für Politische Theorie und Ideengeschichte an der Universität Siegen.

Ein neuer emanzipatorischer Entwurf: Gerechtigkeit und gutes Leben

Die ökonomische, soziale und ökologische Krise der Gegenwart ist die eines ganzen Gesellschaftsmodells. Es ist ein Modell, das meint, sozialökonomische Knappheitsprobleme, politische Gerechtigkeitsprobleme und kulturelle Sinnprobleme durch eine Steigerung ökonomischen Wachstums und ökonomischer Aktivität lösen zu können. Eine solche Gesellschaft ist dazu verurteilt, wider besseres Wissen alles auf eine Karte zu setzen. Sie muss auf gesamtgesellschaftlicher Ebene alles in wirtschaftliche Überflussproduktion und auf individueller Ebene alles in Mehrarbeit, Aktivitäts- und Konsumsteigerung investieren. Diesem Ziel werden dann alle anderen Ziele wie Lebensqualität und demokratische Autonomie, sozialer Ausgleich und ökologische Nachhaltigkeit untergeordnet. Es handelt sich hierbei um eine prinzipielle Rich-

tungsentscheidung – um ein kohärentes Gesellschaftsmodell. Dieses wird letztlich von der kulturellen Hegemonie der Lohnarbeit dominiert.

Die erste These dieses Beitrags ist, dass wir in einer Arbeitsgesellschaft im strengen Sinne leben (vgl. Hirsch 2016). Dies ist eine Gesellschaftsform, in welcher Staat und Kapital gemeinsam das Paradigma lebenslanger wirtschaftlicher Vollzeitwerbsarbeit zur herrschenden sozialen Grundnorm gemacht haben. Da in dieser Gesellschaft nur Vollzeitarbeit volle soziale Beteiligungsrechte verleiht, dehnt das Kapital seine Herrschaft immer mehr auf die ganze Lebensweise der Arbeiter/-innen aus: „Es ließ in ihrem Leben nur Platz für die funktionale und entlohnte Arbeit im Dienst des Kapitals einerseits und für den Konsum im Dienst des Kapitals andererseits“ (Gorz 2009: 47).

Die zweite These ist, dass das verbreitete Unbehagen an diesem Gesellschafts-, Produktions- und Lebensmodell radikalisiert werden

muss, um über die im Medien- und Wissenschaftsdiskurs eingeübten Rituale der kritischen Analyse und Skandalisierung gesellschaftlicher Fehlentwicklungen hinauszugelangen. Anders gesagt: Aus der gegenwärtigen Situation des auf Dauer gestellten Unbehagens führt nur eine prinzipiell andere gesellschaftspolitische Richtungsentscheidung heraus. Die Argumente dabei haben

- eine *kulturelle* Dimension in der Frage nach der herrschenden Lebensweise und dem Sinn,
- eine *demokratiethoretische und demokratiepolitische* Dimension in der Frage nach der Freiheit zur (Um-)Gestaltung gesellschaftlicher, insbesondere ökonomischer Verhältnisse,
- eine *gerechtigkeitstheoretische, sozialpolitische und geschlechterpolitische* Dimension in der Frage nach der gerechten Verteilung verschiedener Typen von Arbeit – ihren Belohnungen wie ihren Belastungen – auf die verschiedenen Gesellschaftsmitglieder aus unterschiedlichen sozialen Klassen, Berufsgruppen und Geschlechtern,
- eine *ökologische* Dimension in der Frage nach der Wirkung der Arbeit und der menschlichen Lebensweise auf die Umwelt,
- schließlich eine *prinzipielle* und zugleich *politische und kulturelle* Dimension in der Frage nach unserer Fähigkeit, unser individuelles Leben ebenso wie dasjenige der Gesamtgesellschaft autonom umzugestalten.

Es reicht nicht mehr aus, weiterhin die bekannten Befunde von wachsender Armut, sozialer Ungleichheit und Entdemokratisierung, wachsender Demokratieverdrossenheit und Rechtspopulismus, fortschreitender Umweltzerstörung, der Verwilderung von Ar-

beitsverhältnissen in privaten ebenso wie in öffentlichen Produktions- und Dienstleistungsbetrieben (einschließlich der für die Zukunft der Demokratie lebenswichtigen Kultur- und Bildungsinstitutionen) aufzuzählen und zu analysieren. Hier gibt es keine großen Wissensprobleme mehr; keinen Mangel an kritischem Bewusstsein, weder über empirische Einzelphänomene noch über ihre theoretische Erklärung. Woran es mangelt, das ist zum einen ein zusammenhängendes Bild dieser verstreuten Einzelphänomene – zum anderen das Bild einer anderen möglichen Gesellschaftsform, einer anderen möglichen Zukunft. Es wäre das Bild eines besseren Lebens. Denn es sind nicht nur soziale Ungerechtigkeit und Unsicherheit; nicht nur ein ebenso gefühlter wie realer Verlust demokratischer Autonomie der Bürger/-innen in Bezug auf die Gestaltung der Gesellschaft; nicht nur die fortschreitende Umweltzerstörung; nicht nur das Gefühl von Mangel und Leere bei aller fortschreitenden Güterfülle. Es ist das Gefühl einer Verschlechterung des Lebens, einer Verschlechterung der Qualität unserer Lebens- und Arbeitsverhältnisse insgesamt, welches mit Händen zu greifen ist. Es ist das Gefühl einer grotesken Verkehrung der Prioritäten des gegenwärtigen Lebens angesichts ungeheuer fortschrittlicher Entwicklungspotenziale – das Gefühl eines Banns, welches Theodor W. Adorno bereits 1961 auf die Formel brachte: „Vollbeschäftigung wird zum Ideal, wo Arbeit nicht länger das Maß aller Dinge sein müßte“ (Adorno 1990: 236).

Die Demokratie wird sich nur dann erneuern, wenn wir dieses Phänomen ernst nehmen und in den Mittelpunkt der Aufmerksamkeit rücken. Relevante demokratische Debatten wird es dann wieder geben, wenn die Frage in den Vordergrund tritt: Wie wollen wir eigent-

lich leben? Wenn nicht, dann werden alle kritischen Analysen und alle Unzufriedenheit letztlich nur rechtspopulistischen Kräften zum einen sowie technokratischen Kräften in Staat und Kapital zum anderen in die Hände spielen. Im Mittelpunkt einer neuen emanzipatorischen Erzählung wird ein neuer Gesellschaftsvertrag mit einer neuen Gemeinwohlformel jenseits von Wachstum und Beschäftigung stehen. Mein Vorschlag ist, zum Ausgangspunkt das Theorem vom abnehmenden Grenznutzen von John Stuart Mill zu nehmen: Ihm zufolge nimmt ab einem bestimmten Niveau wirtschaftlicher Produktivität die Gesamtmenge des gesellschaftlichen Nutzens oder Glücks ab. Ab diesem Punkt, der vielen Beobachtern zufolge spätestens seit den 1980er Jahren erreicht ist, sind Wohlfahrtsgewinne in Zukunft nicht mehr durch wirtschaftliche Steigerungen, sondern nur noch durch eine bessere demokratische *Gestaltung*, eine gleichere *Verteilung*, und einen besseren *Gebrauch* von stagnierenden, eher sinkenden Produktions- und Arbeitskapazitäten sowie Gütermengen zu erreichen (vgl. Macpherson 1983: 45 und passim).

„Weniger arbeiten, damit alle arbeiten, und besser leben können“

Der entscheidende Entwicklungsengpass der Gesellschaft ist also nicht ein ökonomisch-technischer, sondern ein politischer, sozialer und kultureller der besseren Gestaltung von Arbeitsprozessen und Gütermengen, und der besseren Verteilung von Gütern und dem Zugang zu (materiellen wie immateriellen) Ressourcen. Es handelt sich also nicht so sehr um gesellschaftliche Probleme der Produktion als um solche der Distribution (vgl. Gorz 2009:

103). Der Abschied vom in den herrschenden politischen und ökonomischen Kräften (Parteien, Gewerkschaften, Unternehmen usw.) bisher weitgehend unwidersprochenen Gesellschaftsmodell der Steigerung von Wachstum und Beschäftigung erfordert eine ganz andere Zielformel der gesellschaftlichen Entwicklung, die mit bloßen Negativattributen wie „Weniger Wachstum“, „Nullwachstum“ oder „Schrumpfung“ nicht zu skizzieren ist. Es geht um demokratische Grundsatzentscheidungen über die Formen unseres Zusammenlebens (vgl. Hirsch 2013): über die Form der gesellschaftlichen Verteilung von Arbeit, Qualifikation und Einkommen bei tendenziell sinkenden Arbeits-, Produktions- und Konsumpotenzialen. Eine solche neue Entscheidung des „Verzichts“ auf zukünftige Steigerungen kann nur durch sechs zusammenhängende Motive plausibel gemacht werden:

- Mehr soziale Gleichheit und Gerechtigkeit sowie eine allgemein gleicher verteilte Beteiligung aller am Erwerbsprozess,
- mehr demokratische Kontrolle der Gesellschaft und des Wirtschaftsprozesses sowohl auf gesamtgesellschaftlicher wie auf einzelbetrieblicher Ebene,
- mehr individuelle Autonomie und Lebensqualität,
- mehr kulturelle Sinnpotenziale,
- mehr Geschlechtergerechtigkeit und mehr ökologische Nachhaltigkeit.

Die fortschrittliche Erzählung der Zukunft hat alle diese Aspekte in ihrem Zusammenhang zu betrachten. Man kann wohl ohne Übertreibung sagen, dass die lange Reihe von Misserfolgen des fortschrittlichen Lagers in den letzten Jahrzehnten darauf zurückzuführen ist, dass eine solche kohärente Erzählung